



Newsletter *Gesundheit und Soziales*, Ausgabe 13/2010

Grüne fordern transparente und sozial gerechte Berechnung der Regelsätze

Präventive Hausbesuche bis Jahresende verlängert

Frage nach barrierefreien Schulturnhallen

Resolution: Für ein weltoffenes Land Bremen – gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Große Anfrage zu Gewalt in der Pflege wurde debattiert

Verdachtsunabhängige Obduktionspflicht gesetzlich verankert

Bremen, 11. Februar 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder mal das Aktuellste aus der grünen Fraktion.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Hoch, Horst Frehe, Dirk Schmidtman, Janne Müller und Andrea Quick

Grüne fordern transparente und sozial gerechte Berechnung der Regelsätze

Angesichts der bisher gescheiterten Hartz-IV-Verhandlungen fordern die Grünen die CDU/FDP-Bundesregierung auf, bei einem dringend erforderlichen erneuten Vermittlungsverfahren eine transparente und nachvollziehbare Neuberechnung der Regelsätze vorzulegen. Das hat die Fraktion auf ihrer Sitzung in dieser Woche beschlossen (s. PDF-Anhang). Dazu erklärt Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner: „Falls die Bundesregierung ihre Blockadehaltung bei den Regelsätzen beibehält, kann es keine Einigung geben. Die vorgelegten Regelsätze entsprechen nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Herausgekommen ist erneut ein willkürlicher Regelsatz.“

Der sozialpolitische Sprecher Horst Frehe ergänzt: „Zirkelschlüsse, die z.B. AufstockerInnen in die Vergleichsgruppe einrechnen, sind nicht zulässig. Diese Trickserie auf dem Rücken von sieben Millionen betroffenen Menschen verurteilen

wir. Die Bundesregierung nimmt sehenden Auges in Kauf, dass ihr Murks abermals vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt würde. Die Menschen erwarten zu Recht, dass eine schnelle Einigung zum Wohl der Leistungsbeziehenden erzielt wird.“
Der Fraktionsbeschluss im vollen Wortlaut findet sich im Anhang.

Präventive Hausbesuche bis Jahresende verlängert

Die Modellprojekte zu präventiven Hausbesuchen bei alten Menschen in den beiden Stadtteilen Hemelingen und Obervieland werden zunächst bis zum Jahresende verlängert. Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher der Grünen, erläutert, dass es bei den Hausbesuchen auf freiwilliger Basis um die Vermittlung sozialer Kontakte, Gesundheitsprävention sowie ambulante Dienstleistungen und Hilfen geht. Die Besuche sollen Menschen rechtzeitig dabei helfen, bei Bedarf individuelle Unterstützung zu organisieren. Dieses Modellprojekt wurde 2008 auf Initiative der Grünen ins Leben gerufen. Diese Unterstützungsangebote wollen wir künftig auf weitere Stadtteile ausweiten.

Die Presseerklärung im vollen Wortlaut findet sich hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/370/370689.praeventive_hausbesuche_bis_jahresende_v.html

Frage nach barrierefreien Schulturnhallen

In einer Frage für die Fragestunde möchten wir vom Senat wissen, welche Schulturnhallen barrierefrei sind und welche Turnhallen bereits jetzt oder künftig Behindertensportvereinen zur Verfügung gestellt werden können. Der Senat wird seine Antwort in der Sitzung der Stadtbürgerschaft am 22. Februar geben.

Den Wortlaut der Frage finden Sie hier:

http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Frage_1_Stadtbuergerschaft_4bb.pdf

Resolution: Für ein weltoffenes Land Bremen – gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Zum Abschluss ihrer Klausurtagung haben die Grünen am 9. Februar eine Resolution gegen Rechtsextremismus beschlossen. Dazu erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Björn Fecker: „In Bremen und Bremerhaven ist kein Platz für Neonazis. Wir Grünen stellen uns gemeinsam mit allen couragierten BremerInnen und BremerhavenerInnen der NPD in den Weg. Wir rufen dazu auf, sich an den friedlichen Protesten gegen das Auftreten von Rechtsextremisten am 1. Mai zu beteiligen. Gemeinsam können wir deutlich machen: Bremen und Bremerhaven bleiben weltoffene Städte, in denen wir Hassparolen und Ausgrenzung nicht dulden. Die NPD spricht vor allem WählerInnen an, die sich an den gesellschaftlichen Rand gedrängt fühlen. Das nimmt alle demokratischen Kräfte in die Pflicht, keine Menschen ins gesellschaftliche Abseits zu stellen.“

Die Resolution im Wortlaut findet sich hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/370/370509.resolution_gegen_rechtsextremismus.html

Große Anfrage zu Gewalt in der Pflege wurde debattiert

In der Januar-Sitzung der Bürgerschaft wurde unsere Große Anfrage zur Gewalt in der Pflege debattiert – ein wichtiges Thema, da waren sich alle Fraktionen einig. Wir werden uns weiter um dieses Problem kümmern.

Unseren Bericht zur Debatte finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/368/368525.die_sitzungen_im_januar_2011.html

Die Rede des sozialpolitischen Sprechers Horst Frehe finden Sie als pdf-Dokument im Anhang.

Den Wortlaut der gesamten Debatte finden Sie demnächst auf der Seite der Bremischen Bürgerschaft:

<http://www.bremische-buergerschaft.de/index.php?id=203>

Verdachtsunabhängige Obduktionspflicht gesetzlich verankert

Auch unter Grünen wurde dieses Thema kontrovers diskutiert. Eine ausgezeichnete Anhörung hat allerdings neue und überzeugende Argumente gebracht, die zu einer Entscheidung für eine verdachtsunabhängige Obduktionspflicht geführt haben.

Der Wortlaut der Rede von Horst Frehe dazu findet sich ebenfalls im Anhang.

Den Wortlaut der gesamten Debatte finden Sie demnächst auf der Seite der Bremischen Bürgerschaft:

<http://www.bremische-buergerschaft.de/index.php?id=203>

Ansprechbar für Nachfragen:



Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin

Doris.Hoch@gruene-bremerhaven.de

(Tel.: 0421/3011-299)



Horst Frehe, sozial- und behindertenpolitischer Sprecher

Horst.Frehe@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-233)



Dirk Schmidtman, altenpolitischer Sprecher

Dirk.Schmidtman@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-233)



Janne Müller, Referentin für Soziales, Alten- u. Behindertenpolitik u. Beiräte

Janne.Mueller@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-241)



Andrea Quick, Referentin für Gesundheit, Frauen und Arbeit

Andrea.Quick@gruene-bremen.de

(Tel.: 0421/3011-252)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/gesundheit.soziales-bremen>